

# Finanzmonitor 2010: Restriktive Finanzpolitik weiterhin im Aufwind

## dossierpolitik

8. November 2010 Nummer 21

**Repräsentative Umfrage** Die Schweizer Stimmberechtigten befürworten heute noch geschlossener als in den vergangenen Jahren eine restriktive Finanz- und Steuerpolitik. So sind gemäss einer repräsentativen Umfrage des Forschungsinstituts gfs.bern 94 Prozent der Befragten für die Beibehaltung der Schuldenbremse, und 85 Prozent der Befragten wollen, dass der Staat seine Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal löst. Eine sehr grosse Mehrheit der Befragten befürwortet sogar vorzeitige Steuersenkungen, um den Spardruck bei den Staatsausgaben zu erhöhen. Die Bürgerinnen und Bürger betrachten sich selbst als die glaubhaftesten Akteure der Finanz- und Steuerpolitik. Schwer haben es demgegenüber linke finanzpolitische Rezepte. Als Akteurin mit der geringsten Glaubwürdigkeit in der Finanz- und Steuerpolitik wird denn auch die SP genannt.

### Position economiesuisse

- ▶ Der klaren Forderung der Bevölkerung nach einer restriktiven Finanzpolitik ist in der Politik Rechnung zu tragen.
- ▶ Die Vorgaben der Schuldenbremse sind strikt einzuhalten. Das Konsolidierungsprogramm und die Massnahmen zur Aufgabenüberprüfung müssen konsequent umgesetzt werden.
- ▶ Strukturelle Reformen bei den Staatsausgaben sind entschieden anzugehen, um langfristig Defizite zu verhindern und Schulden abzubauen.
- ▶ Forderungen nach zusätzlichen Steuern und nach einer Erhöhung staatlicher Ausgaben ist ein Riegel zu schieben.



## Ergebnis des Finanzmonitors 2010

► Die Schweiz weist eine vergleichsweise tiefe Staatsverschuldung auf.

### Umfeld

Die Schweiz hat die Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Industriestaaten relativ gut überstanden. Die Finanzmärkte erholen sich langsam, und auch der Schweizer Arbeitsmarkt zieht wieder an. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) prognostiziert für unser Land im laufenden Jahr ein BIP-Wachstum von 2,7 Prozent. Aktuell kann eine generelle Erholung der Industrienationen beobachtet werden, jedoch weisen viele von ihnen hohe Staatsverschuldungen auf. Für das Jahr 2010 schätzt die OECD die Verschuldungsquote der Schweiz auf 41,6 Prozent und die des Euroraums sowie der OECD-Staaten insgesamt auf 92,4 respektive 95,8 Prozent. Die vergleichsweise gute Quote verdankt die Schweiz nicht zuletzt der 2003 eingeführten Schuldenbremse. Gemäss dieser dürfen die Ausgaben über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht grösser sein als die Einnahmen. Diese Schuldenbremse schweizerischer Art hat auch auf internationaler Ebene Beachtung gefunden, wo sie inzwischen Modellcharakter genießt. Im Inland ist die Schuldenbremse beim Stimmvolk nach wie vor sehr beliebt. Dies bestätigen auch die Ergebnisse der durch das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag von economiesuisse durchgeführten Umfrage zum Finanzmonitor 2010.

### Finanzmonitor als Seismograf der öffentlichen Meinung zur Finanz- und Steuerpolitik

Der Finanzmonitor ist eine Untersuchung, die im Jahresrhythmus über relevante Fragen der Schweizer Finanz- und Steuerpolitik aus Sicht der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger informiert. Damit ist der Finanzmonitor ein Seismograf der öffentlichen Befindlichkeiten, den sich auch die Politik für die Ausrichtung der Finanz- und Steuerpolitik zunutze machen kann. Die Umfrage wird alljährlich durch das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag von economiesuisse durchgeführt. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1006 Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 25. April und 16. Mai 2010 mittels persönlicher Face-to-Face-Interviews realisiert. Die Stichprobenbildung erfolgte in allen drei Sprachregionen nach einem Quotenverfahren, wobei Geschlecht und Alter für die Interviews an den angegebenen Befragungsorten aufgrund der Verteilungen in der Volkszählung von 2000 vorgegeben waren. Die Resultate sind repräsentativ für die Schweizer Stimmberechtigten. Schwerpunktthema des diesjährigen Finanzmonitors ist die Schuldenbremse. Der Finanzmonitor 2010 ist abrufbar über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch).

## Hohe Akzeptanz der Schuldenbremse

► Die Schuldenbremse ist und bleibt beliebt.

Auch sieben Jahre nach ihrer Einführung ist die Schuldenbremse bei den Schweizer Stimmberechtigten noch immer sehr beliebt. So votieren insgesamt 94 Prozent der Befragten mehr oder weniger dezidiert für ihre Beibehaltung (siehe Grafik 1).

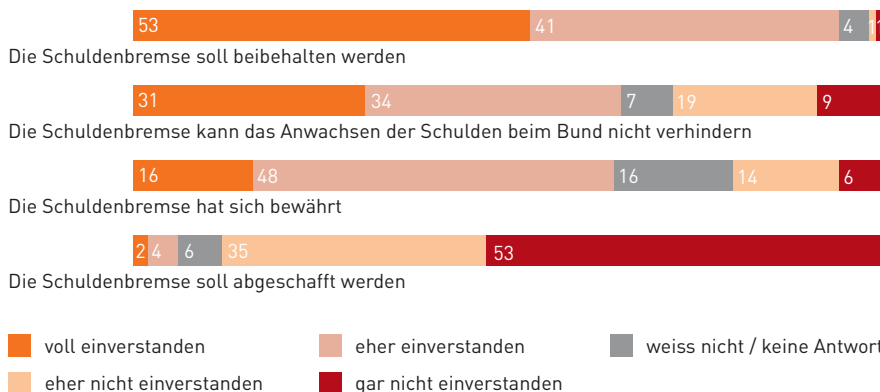
### Grafik 1

► Die Schuldenbremse stösst als bewährtes Instrument auf grosse Akzeptanz.

### Ansichten zur Schuldenbremse

«Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.»

in % Stimmberechtigter



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor, August 2010.

Die hohe Zustimmung zur Schuldenbremse ist in allen Parteien, Einkommenschichten und Sprachregionen zu beobachten. Ausserdem sind 64 Prozent der Befragten der Meinung, dass sich die Schuldenbremse bis anhin bewährt hat. Allerdings bezweifeln etwa gleich viele der Ansicht, dass die Schuldenbremse das künftige Anwachsen der Schulden beim Bund abwenden kann. Anders als bei der Frage über die Akzeptanz der Schuldenbremse gibt es bei der Frage nach deren Wirkung sprachregionale, schichtspezifische und politische Unterschiede. Am ehesten verunsichert über die Wirksamkeit der Schuldenbremse sind demnach Deutschschweizer, Anhänger bürgerlicher Parteien und Stimmberechtigte ohne Parteipräferenz sowie Stimmberechtigte mit einem hohen Haushaltseinkommen.

## Die Bevölkerung will sparen und Steuern senken

### Beurteilung genereller finanzpolitischer Strategien

► Die Mehrheit der Befragten ist für eine restriktive Finanzpolitik.

Bei generellen finanzpolitischen Strategien herrscht unter den Schweizer Stimmberechtigten weiterhin Einigkeit. Der Konsens, dass Steuererhöhungen nicht opportun sind und im Gegenteil die Steuern und Ausgaben eher gesenkt werden sollen, ist sogar noch stärker geworden. Dies wird in der nachfolgenden Grafik 2 veranschaulicht.

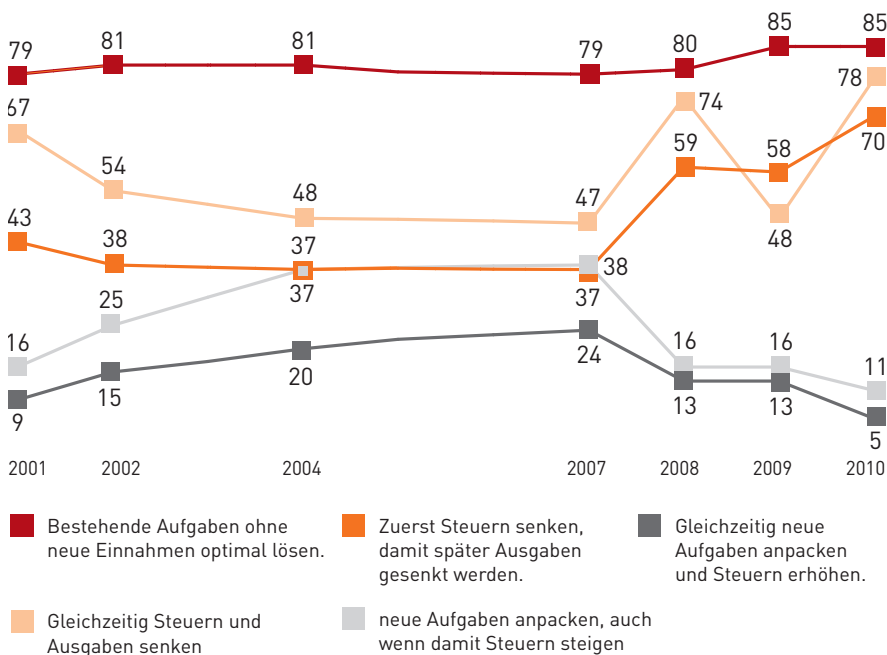
**Grafik 2**

▶ Restriktive Finanz- und Steuerpolitik ist im Aufwind.

**Trend der Beurteilung finanzpolitischer Strategien**

«Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir jeweils, mit welcher Sie sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

in % Stimmberechtigter, die sehr oder eher mit der jeweiligen Strategie einverstanden sind



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor, August 2010.

▶ Zustimmung zu einer gleichzeitigen Steuer- und Ausgaben senkung ist markant gestiegen.

▶ Rund 70 Prozent der Befragten können sich zudem eine vorzeitige Steuersenkung vorstellen.

Wie schon im Vorjahr ist eine grosse Mehrheit der Befragten (85 Prozent) voll oder eher der Meinung, dass die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal gelöst werden sollen. Gegenüber dem letzten Jahr, als die Wirtschaftslage ihren Tiefpunkt erreichte, ist die Zustimmung zu einer gleichzeitigen Steuer- und Ausgaben senkung markant gestiegen, nämlich von 48 auf 78 Prozent. Mit dem Ergebnis vom Jahr 2008 (74 Prozent) verglichen, liegt der Wert der Zustimmung jedoch im Trend.

Rund 70 Prozent der Befragten können sich zudem eine vorzeitige Steuersenkung vorstellen, sodass der Spardruck bei den Staatsausgaben erhöht wird. Die Zustimmung zu einer solchen restriktiven Sparpolitik hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht und hat allein gegenüber dem Vorjahr um zwölf Prozentpunkte zugenommen. Demgegenüber hat die marginale Minderheit der Befragten, die der Ansicht ist, dass der Staat bisher vernachlässigte Aufgaben anpacken sollte, auch wenn dies mit einer Steuererhöhung verbunden ist, über die letzten Jahre kontinuierlich abgenommen (elf Prozent). Zudem ist die Zustimmung zu einer Ausgabenerweiterung und gleichzeitigen Steuererhöhung auf fünf Prozent gesunken. Die Unterschiede in den verschiedenen Sprachregionen sowie der Parteipräferenzen sind bezüglich der Beurteilung der finanzpolitischen Strategien nicht fundamental, und bei den verschiedenen Einkommensschichten sind keine Unterschiede zu beobachten.

### **Position economieuisse: Der kantonale Steuerwettbewerb senkt, die zentralistische SP-Politik erhöht die Ausgaben**

In einem föderalen Gebilde wird der Wille der Bürgerin und des Bürgers allgemein stärker wahrgenommen als in zentralistischen Systemen. Dies gilt vor allem in der Steuer- und Finanzpolitik. Föderalismus und fiskalischer Wettbewerb bringen die nötigen Informationen über die Wünsche der Bürger, die Wirkung politischer Vorhaben oder die von politischen Massnahmen ausgehenden Anreize hervor. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Steuerautonomie der im Wettbewerb stehenden Gebietskörperschaften gewährleistet ist. Mit einem stärkeren Rechtfertigungsdruck bei den Steuereinnahmen müssen lokale Entscheidungsträger auch unmittelbarer Rechenschaft ablegen über die Notwendigkeit staatlicher Ausgaben. Deshalb führt der Steuerwettbewerb zwischen Kantonen und Gemeinden zu einer Disziplinierung der Staatsausgaben. Darin kann auch ein Beitrag zur Einschränkung der Staatsverschuldung gesehen werden, wie dies verschiedene Studien aufzeigen.<sup>1</sup> Mit der am 28. November 2010 zur Abstimmung gelangenden Steuerinitiative der SP verlangt die Linke eine Abkehr von diesem bewährten Schweizer Modell. Mit der zentralen Einführung eines im ganzen Land geltenden Mindestgrenzsteuersatzes für Einkommen und Vermögen ab einer bestimmten Höhe ist die SP-Initiative ein direkter Angriff auf unseren Fiskalföderalismus. Eine Annahme der Initiative wäre letztlich ein gefährlicher Meilenstein auf dem Weg zu einer linken Steuer- und Ausgabenpolitik. Damit würden in der Schweiz unter dem Deckmantel der aktuellen Gerechtigkeitsdebatte linke finanzpolitische Rezepte umgesetzt.

► Stimmberechtigte wollen vor allem bei Verwaltung, Asylwesen und Armee sparen.

### **Spar- und Ausgabenbereiche**

Aus der aktuellen gfs-Umfrage geht hervor, dass eine Mehrheit der Befragten Lohnkürzungen bei Verwaltungsangestellten befürworten (60 Prozent). Des Weiteren sollen nach Meinung der Mehrheit die Ausgaben im Asylwesen sowie in der Armee gesenkt werden (59 bzw. 54 Prozent). In den Bereichen Diplomatischer Dienst, Entwicklungshilfe, Strassenbau, Sport, Infrastruktur wie Post und Energie, Sozialversicherungen, Kultur, Gerichte, Polizei, Umwelt und Raumplanung, öffentliches Gesundheitswesen, Landwirtschaft, öffentlicher Verkehr, Randregionen und Forschung sind jeweils mindestens 50 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die gegenwärtige Höhe der Ausgaben gerade richtig ist. Für eine Erhöhung der Ausgaben gibt es in keinem Aufgabenbereich eine Mehrheit. Die Zustimmung von Mehrausgaben bei AHV und IV hat zwischen 2008 und 2009 um rund 20 Prozentpunkte abgenommen. Diese tieferen Zustimmungswerte haben sich auch 2010 bestätigt.<sup>2</sup>

► Die Budgetdisziplin bleibt für die Stimmberechtigten weiterhin ein wichtiges Anliegen.

### **Prioritäten bei Defiziten/Überschüssen im Staatshaushalt**

Die Budgetdisziplin ist den Stimmberechtigten weiterhin ein wichtiges Anliegen. Wenn der Staat Haushaltsdefizite ankündigt, soll nach der Meinung der Mehrheit (88 Prozent) in erster Linie gespart werden. Für eine weitere Verschuldung sprechen sich lediglich sieben Prozent aus, und nur drei Prozent möchten in einem solchen Szenario gar die Steuern erhöhen. Bei dieser Frage gibt es kaum Unterschiede unter den verschiedenen Sprachregionen, Parteigesinnungen oder Einkommensschichten.

<sup>1</sup> Vgl. L.P. Feld und G. Kirchgässner (2008), On the Effectiveness of Debt Brakes: The Swiss Experience, in: R. Neck und J.E. Sturm (eds.), Sustainability of Public Debt, MIT Press, Cambridge/London, 223–255; C.A. Schaltegger und L.P. Feld (2009), Are Fiscal Adjustments Less Successful in Decentralized Governments?, European Journal of Political Economy, 2009, vol. 25, issue 1, 115–123; Lars P. Feld (2009), Braucht die Schweiz eine materielle Steuerharmonisierung?, economieuisse 2009, 42, 56.

<sup>2</sup> Finanzmonitor 2009.

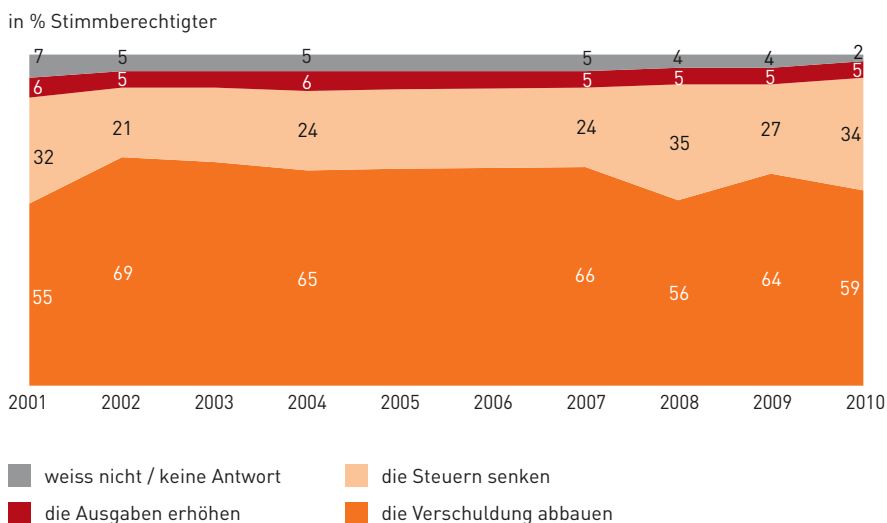
Weniger deutlich sieht es bei der Verwendung von Überschüssen aus. Hier sind 59 Prozent der Befragten in erster Linie für den Schuldenabbau und ein Drittel für Steuersenkungen. Für eine Erhöhung der Ausgaben sprechen sich bei diesem Szenario lediglich fünf Prozent der Befragten aus (siehe Grafik 3).

**Grafik 3**

► Der Anteil, der sich im Fall von Überschüssen für Steuersenkungen ausspricht, wächst seit einigen Jahren langsam an.

**Trend der Verwendung von Überschüssen**

«Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?»



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor, August 2010.

**Bürgerinnen und Bürger als glaubwürdigste Akteure der Finanz- und Steuerpolitik**

**Die Glaubwürdigkeit der Akteure**

► Stimmberechtigte stufen sich als glaubwürdigste Akteure bei Fragen der Finanz- und Steuerpolitik ein.

Nach Ansicht der meisten Befragten sind «Leute wie Sie und ich», also die Bürgerinnen und Bürger selbst, die mit Abstand glaubwürdigsten Akteure bei Fragen der Finanz- und Steuerpolitik. Insgesamt 84 Prozent der Befragten schreiben ihren Mitbürgern in diesen Belangen Glaubwürdigkeit zu. Im Ranking folgen die bürgerlich geprägten Interessenvertreter wie der Arbeitgeber- und der Gewerbeverband, die jeweils von 68 Prozent der Befragten als glaubwürdig eingeschätzt werden. In etwa gleich viel Glaubwürdigkeit erhalten die nationale Legislative und Exekutive (je 67 Prozent). Die Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der Kantone sowie der Finanzminister werden von 58 respektive 56 Prozent der Befragten als glaubwürdig bewertet. Des Weiteren stufen 54 respektive 53 Prozent der Befragten *economiesuisse* und die Finanzexperten als glaubwürdig ein. Abgeschlagen folgen die Gewerkschaften mit 41 Prozent. Die einzigen politischen Parteien, die von mindestens der Hälfte der Befragten als glaubwürdig eingestuft werden, sind die SVP (54 Prozent) und die FDP (50 Prozent). Alle anderen Parteien werden in Bezug auf finanz- und steuerpolitische Themen als weniger glaubwürdig eingeschätzt. Dabei bildet nach Ansicht der Befragten die SP das Schlusslicht (siehe Grafiken 4 und 5).

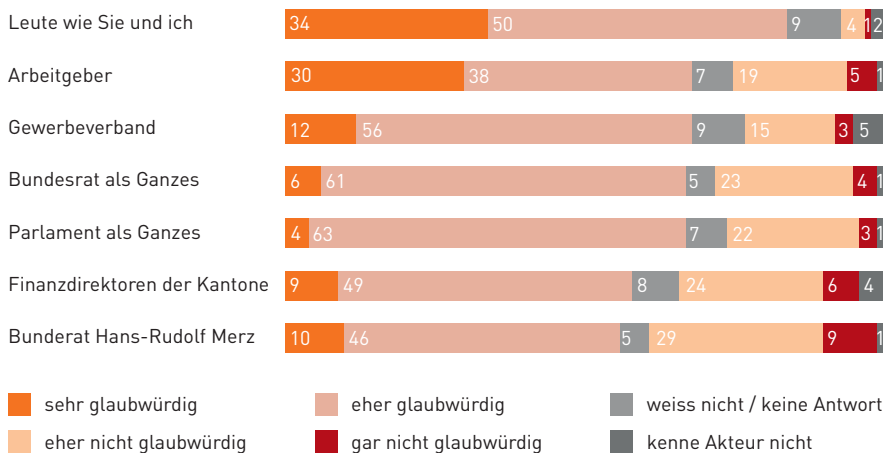
**Grafik 4 und 5**

► «Leute wie Sie und ich» geniessen eine hohe Glaubwürdigkeit.

**Einschätzung der Glaubwürdigkeit der verschiedenen Akteure (1)**

«Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese sehr glaubwürdig sind, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig.»

in % Stimmberechtigter

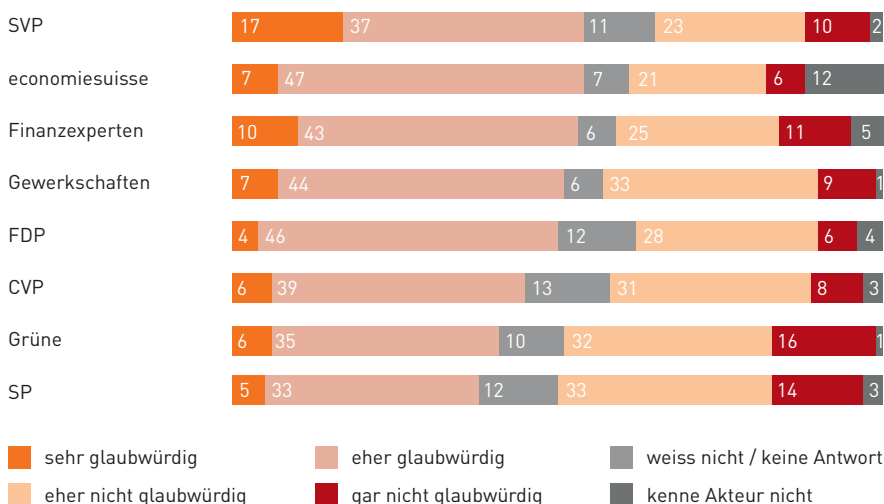


Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor, August 2010.

**Einschätzung der Glaubwürdigkeit der verschiedenen Akteure (2)**

«Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese sehr glaubwürdig sind, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig.»

in % Stimmberechtigter



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor, August 2010.

Gegenüber dem Jahr 2009 haben insbesondere die nationalen politischen Behörden, die Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der Kantone sowie die Finanzexperten etwas an Glaubwürdigkeit gewonnen. Eine stark negative Entwicklung kann bei den Gewerkschaften beobachtet werden. Zu Beginn der Finanzkrise konnten diese noch kräftig an Glaubwürdigkeit zulegen, jedoch verloren sie nun im Jahresvergleich 20 Prozentpunkte.



## Schlussfolgerungen

► Die Schweizerinnen und Schweizer sind heute noch geschlossener als in den vergangenen Jahren für Steuersenkungen und Einschränkungen bei den Staatsausgaben.

Die aktuelle Umfrage bestätigt den restriktiven finanz- und steuerpolitischen Kurs der Schweizer Stimmbevölkerung der vergangenen Jahre. Die Schweizerinnen und Schweizer sind heute noch geschlossener als in den vergangenen Jahren für Steuersenkungen und Einschränkungen bei den Staatsausgaben. Steuererhöhungen und eine Ausweitung der Aufgaben des Staates finden unter den Stimmberechtigten fast kein Gehör. Für eine grosse Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wäre es sogar angebracht, die Steuern präventiv zu senken als Anreiz zum haushälterischen Umgang mit öffentlichen Geldern. Zudem bevorzugt es eine überwältigende Mehrheit der Befragten, bei Defiziten im Staatshaushalt die Ausgaben zu senken, statt die Steuern zu erhöhen. Aufgrund des sich bestätigenden Trends ist auch in Zukunft mit einer überwiegenden Zustimmung der Stimmbevölkerung zu einer restriktiven Finanz- und Steuerpolitik zu rechnen.

In Bezug auf die Glaubwürdigkeit der Akteure sind die meisten Befragten der Ansicht, dass «Leute wie Sie und ich» – also die Bürgerinnen und Bürger selbst – in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik mit Abstand am glaubwürdigsten sind. Des Weiteren orientiert man sich in diesen Fragen am ehesten an Wirtschaftsverbänden, am Staat und an bürgerlichen Parteien. Linke finanzpolitische Konzepte haben es demgegenüber schwer. So haben die Gewerkschaften deutlich an Glaubwürdigkeit eingebüsst, und als Akteurin mit der tiefsten Glaubwürdigkeit in Finanz- und Steuerfragen wird die SP genannt.

Vor dem Hintergrund dieser Umfrageergebnisse muss die Politik der klaren Forderung der Stimmberechtigten nach einer restriktiven Finanzpolitik Rechnung tragen. Entsprechend sind die Vorgaben der Schuldenbremse strikt einzuhalten. Das Konsolidierungsprogramm und die Massnahmen zur Aufgabenprüfung müssen konsequent umgesetzt werden. Strukturelle Reformen bei den Staatsausgaben sind entschieden anzugehen, um langfristig Defizite zu verhindern und Schulden abzubauen. Forderungen nach zusätzlichen Steuern und nach einer Erhöhung staatlicher Ausgaben ist demgegenüber ein Riegel vorzuschieben. Drohende Einschränkungen der Steuerautonomie von Gemeinden und Kantonen sind entschieden abzulehnen. Die Untergrabung des Fiskalföderalismus, wie sie die SP-Steuerinitiative fordert, würde zu mehr Steuern und Staatsausgaben führen. Dies muss verhindert werden.

### Rückfragen

urs.furrer@economiesuisse.ch

frederic.pittet@economiesuisse.ch

### Impressum:

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen  
Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich  
www.economiesuisse.ch